



Nr. 321 | 05.12.2023

Polen-Analysen

Die politische Landschaft nach den Sejmwahlen 2023

- **ANALYSE**
Die angekündigte Überraschung – Wahlausgang und Machtübergabe nach den Sejmwahlen 2023 2
Jarosław Flis, Jagiellonen-Universität, Krakau
- **STATISTIK**
Die Parlamentswahlen in Polen 2023: Wahlbeteiligung, Ergebnis und Mandatsverteilung 8
- **CHRONIK**
21. November – 4. Dezember 2023 10

Die nächste Ausgabe der Polen-Analysen erscheint nach der Weihnachtspause am 16. Januar 2024. Die Redaktion der Polen-Analysen wünscht ihren Leserinnen und Lesern ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes, gesundes und erfolgreiches Jahr 2024!

Die angekündigte Überraschung – Wahlausgang und Machtübergabe nach den Sejmwahlen 2023

Jarosław Flis, Jagiellonen-Universität, Krakau

DOI: 10.31205/PA.321.01

Zusammenfassung

Die bisher regierende Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) erhielt bei den Wahlen zum Sejm im Oktober 2023 die meisten Stimmen. Die Mehrheit der Parlamentssitze ging jedoch an die Bürgerkoalition (*Koalicja Obywatelska – KO*), das Wahlbündnis Dritter Weg (*Trzecia Droga*) und die Neue Linke (*Nowa Lewica*), die vor den Wahlen erklärt hatten, eine gemeinsame Regierung zu bilden. Die Mobilisierung der Wähler, die in einer bemerkenswert hohen Wahlbeteiligung zum Ausdruck kam, lässt sich u. a. mit dem aggressiv geführten Wahlkampf erklären, aber auch mit dem zunehmenden Gefühl der Einflussnahme: Die Politik hat Auswirkungen auf das Leben des Einzelnen, der Einzelne hat die Wahl zwischen verschiedenen Parteien. Die Entscheidung von Präsident Andrzej Duda, zunächst die *PiS* mit der Regierungsbildung zu beauftragen, obwohl das Dreierbündnis bereits einen Koalitionsvertrag unterzeichnet hat, räumt der *PiS* einen kurzen Aufschub ein, bevor sie sich und ihren Wähler den Machtverlust erklären muss.

Die polnischen Parlamentswahlen im Oktober 2023 lassen sich als fast idealtypisches Modell für einen demokratischen Machtwechsel charakterisieren. Von den Betroffenen wird man allerdings schwerlich eine solche Zusammenfassung hören. Ihre Einschätzungen klingen deutlich dramatischer, was den Gebrauch des Wortes »fast« rechtfertigt, das verwendet wird, wenn es darum geht, etwas sarkastisch zu negieren. Das allerdings ist hier nicht der Fall. Die Sache ist die, dass neben emotionalen Stürmen eine Reihe von außerordentlichen Umständen die Wahlen begleiteten. Jedoch abgesehen von diesen Bedingungen, die bis zu einem bestimmten Grade die emotionale Erschütterung der Beteiligten erklären, lief alles vollkommen glatt, so als hätte es die besonderen Umstände gar nicht gegeben. Dieses Paradox konzentriert wie in einer Linse das Besondere des polnischen politischen Lebens.

Umfragen und Mobilisierung

Die bisher regierende Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) erhielt bei den Wahlen zum Sejm im Oktober 2023 die meiste Unterstützung. Dennoch hat sie 41 der 235 Mandate, mit denen sie in die Legislaturperiode 2019 gestartet war, verloren. Sie hat dabei nicht nur die absolute Mehrheit nicht weiter halten können, sondern es bestand auch nicht die Chance, einen Koalitionspartner zu finden, der ihr hätte helfen können, diese Mehrheit zu bilden. Alle übrigen Parlamentssitze wurden von Gruppierungen besetzt, die während des gesamten Wahlkampfes als Ziel ausgegeben hatten, die *PiS* aus der Regierungsverantwortung abzulösen. Das Übergewicht der Gegner ist so groß, dass keine Notwendigkeit bestand, eine Koalition aller gegen die *PiS* einzugehen. Die eindeutige Mehrheit

wurde von drei Wahllisten erlangt, die von sechs prinzipiell selbständigen Parteien gebildet wurden. Sie hatten bereits vor den Wahlen erklärt, dass sie eine gemeinsame Regierung bilden werden. Der Kern der neuen Koalition sind die Bürgerplattform (*Platforma Obywatelska – PO*) und die Polnische Bauernpartei (*Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL*), die bereits von 2007 bis 2015 gemeinsam regierten und weiterhin in mehr als der Hälfte der Woiwodschaftslandtage (*sejmik*) die Regierung stellen.

Die Mandatsverteilung und die politische Bedeutung der Wahlen entsprechen beinahe ideal den Simulationen, die auf Grundlage des vom Internetportal *Polityco* veröffentlichten Umfragemittelwerts genau ein Jahr zuvor erstellt werden konnten. Allerdings erlebte Polen im Laufe dieses Jahres so viele große Schwankungen, Spekulationen, Hoffnungen und Befürchtungen, dass dieses Ergebnis als Überraschung aufgenommen wurde. Der Durchschnittswert der letzten Umfragen ergab ein besseres Abschneiden nicht nur für die *PiS*, sondern auch für die Konföderation (*Konfederacja*). Diese Gruppierung, formal eine Antisystempartei, war Gegenstand zahlreicher Mutmaßungen während des Wahlkampfes. Trotz offizieller Verneinung von beiden Parteien wurde über die Möglichkeit einer Verständigung zwischen der Konföderation und der *PiS* in dem Falle, dass beide Listen zusammen mehr als die Hälfte der Mandate erhalten würden, spekuliert.

Eine deutlich höhere Unterstützung als in den Umfragen sichtbar geworden war, erhielt dafür das Bündnis Dritter Weg (*Trzecia Droga*), eine Allianz aus der ältesten und der jüngsten polnischen Partei. Die Unterschiede zwischen der auf dem Land verwurzelten *PSL* und der Partei Polen 2050 (*Polska 2050*), gegründet vom Medienstar Szymon Hołownia, der erstmals

2020 mit 14 Prozent Unterstützung im ersten Wahlgang der Präsidentenwahlen in der polnischen Politik in Erscheinung getreten war, waren in mehrfacher Hinsicht offenkundig. Was beide Parteien allerdings verband, war ihre Position in der Mitte der polnischen politischen Bühne und die Angst vor der Möglichkeit, jede für sich die Fünfprozenthürde nicht zu überspringen. Ihre gemeinsame Liste belegte den starken dritten Platz, was als eindeutiger und überraschender Erfolg anerkannt wurde, auf dessen Ursachen im Folgenden noch eingegangen wird.

Die größte Überraschung war jedoch die Wahlbeteiligung, die eindeutig alles übertraf, was es jemals bei Wahlen nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems gegeben hat. Im Rückblick lassen sich dennoch deutliche Trends feststellen. Seit 2018 stellten die aufeinanderfolgenden Wahlen – der Selbstverwaltung, des Europäischen Parlaments, des polnischen Parlaments und die polnischen Präsidentenwahlen – jeweils Rekorde der Wahlbeteiligung auf. Es schien aber, als wäre die Rekordwahlbeteiligung bei den Parlamentswahlen 2019 mit elf Prozentpunkten mehr als 2015 bereits der Gipfel des zivilgesellschaftlichen Engagements gewesen, den man hatte erwarten können, bzw. dass ein eventueller Anstieg zumindest geringer ausfallen würde als zuvor. Tatsächlich stellte sich aber der Anstieg als noch größer dar.

Die größte mediale Aufmerksamkeit erweckte der Anstieg der Wahlbeteiligung unter den jungen Großstadteinwohnern. Sie sind nicht nur die photogenste Wählergruppe, sondern auch die, welche – nicht nur in Polen – in der Regel seltener zur Wahl gehen als andere. Zusätzlich hatte der sprunghafte Anstieg der Wahlbeteiligung zur Folge, dass sich vor den großstädtischen Wahllokalen spektakuläre Warteschlangen bildeten. Indessen zeigen die Analysen nach den Wahlen, dass das Phänomen der Mobilisierung deutlich breiter war. Die meisten neuen Stimmen wurden in den Städten mittlerer Größe abgegeben. In Relation zum Ausgangsniveau stieg die Wahlbeteiligung am meisten unter der Landbevölkerung. Das Übergewicht an Beteiligung, das die Großstädte in Bezug auf die ländlichen Gebiete weiterhin aufrechterhielten, hat sich wie nie zuvor verringert. Und obwohl die *PiS* die stärkste Partei im am wenigsten urbanisierten Teil Polens blieb, war gerade dort der Zulauf für die Opposition am größten.

Der Anstieg der Wahlbeteiligung setzte sich aus vielen Faktoren zusammen. Die Gegner der Regierung wurden sowohl von deren Art des Regierens generell als auch vom aggressiven Ton des Wahlkampfes mobilisiert. Aber auch tiefere gesellschaftliche Veränderungen haben hier ihren Anteil – der Anstieg des Wohlstands und der Bildung und die älter werdende Gesellschaft. Es ist seit langem bekannt, dass Wohlstand, Bildung

und das Alter individuell die Wahrscheinlichkeit erhöhen, an Wahlen teilzunehmen. So gibt es keinen Grund zu der Annahme, dass sich generelle Veränderungen bei diesen Parametern nicht auf das Verhalten der betreffenden Gruppen auswirken.

Ein weiterer Faktor ist das zunehmende Gefühl der Einflussnahme. Die zwei Regierungsphasen der *PiS* haben gezeigt, dass Politik etwas ist, was auf das Leben des Einzelnen Auswirkungen hat, und auch, dass hier reale Alternativen zur Auswahl stehen. Die polnischen Parteien (die *PiS* an der Spitze) sind immer besser in der Gesellschaft verankert; sie bauen das Netz ihrer Aktivisten aus und optimieren die Art und Weise, wie sie die Wähler erreichen. Hinzu kommen umfangreiche Veränderungen im Bereich der gesellschaftlichen Kommunikation, angefangen von der Allgegenwärtigkeit der sozialen Medien, die es erleichtern, Menschen mit ähnlichen Einstellungen anzusprechen, bis zum online-Handel, der zielstrebig die Überzeugung erzeugt, dass jeder Kunde wichtig ist und seine Meinung Einfluss auf die anderen hat.

Der Verlust der Illusionen

Das Paradox des überrascht Seins von einem seit einem Jahr vorhergesagten Ergebnis hat seine Ursache auch in den Illusionen, in denen die Mehrheit der Parteien während dieses Jahres gelebt hat, von denen sie sich aber am Wahlabend unwiderruflich verabschieden mussten. Die Hoffnungen der Konföderation waren am jüngsten; die Unterstützung für sie war seit dem Frühjahr systematisch angestiegen. In den Umfragen im Juli erhielt sie 15 Prozent und etliche Simulationen und Spekulationen sahen sie bereits in der Rolle des Königsmachers, einer Partei, ohne die keine Regierung gebildet werden und die den beiden Hauptantagonisten Bedingungen stellen kann. Begleitet wurde dies von der Rhetorik des »umgestürzten Tisches«, was eine komplette Ummöblierung der politischen Bühne bedeuten sollte, um auf den Trümmern der *PiS-PO*-Spaltung eine Polarisierung aufzubauen, bei der die traditionell an der freien Marktwirtschaft ausgerichtete Rechte der Gegenspieler der traditionellen Linken wäre, die den Glauben an den gesellschaftlichen Fortschritt mit Sozialtransfers verbindet. So gesehen also die Abkehr von der seit 18 Jahren beobachtbaren Achse »von oben nach unten«, bei der sich der gesellschaftliche Konservatismus der *PiS* mit einer wirtschaftlichen Haltung, die an sich für die Linke typisch ist, verbindet. Größter Konkurrent ist dann die Partei, die liberalere Einstellungen sowohl im Bereich der Wirtschaft als auch der Weltanschauungen hat.

Der Traum von einem Umbau war teilweise auch im linken Lager vorhanden, der allerdings vor allem die Hoffnung hegte, dass sich die Ereignisse der vorangegangenen Wahlen wiederholen könnten. Damals hatte

das Bündnis dreier nicht allzu erfolgreicher Initiativen, das kurz vor den Wahlen geschlossen worden war, ein überraschendes, gut zweistelliges Ergebnis und 49 Sitze im Sejm erzielt.

Beide Illusionen lösten sich durch den sprunghaften Anstieg der Wahlbeteiligung in Luft auf, den zu nutzen der Konföderation und der Neuen Linken (*Nowa Lewica*) weniger gelang als den konkurrierenden Gruppierungen. Die Konföderation wurde nicht das »Zünglein an der Waage«, vielmehr kam sie wieder auf den fünften Platz des Wahlrankings und wird als einzige der bisherigen Oppositionsparteien eine solche bleiben. Wie zum Trost erhielt sie einige Mandate mehr als beim letzten Mal und ihre Fraktion stellt auch einen der Stellvertreter des Sejmarschalls. Die Linke verlor die Hälfte ihrer Abgeordnetensitze, bekam aber nach 18 Jahren in der Opposition (vier davon außerparlamentarisch) die Chance, in die Regierung zurückzukehren. Der kleinere Partner des Bündnisses Neue Linke, die Partei Gemeinsam (*Razem*), verzichtete auf diese Chance. Das Übergewicht des oppositionellen Dreierbündnisses erwies sich jedoch als so groß, dass die neue Regierung auch ohne die sieben Mandate der Partei Gemeinsam die Mehrheit stellen kann. Das hat ihre Verhandlungsposition geschwächt, die ohnehin dadurch eingeschränkt ist, dass sie die kleinste Partei ist, sie ideologisch am weitesten von den anderen entfernt ist und die wenigsten Regierungserfahrungen im Siegerlager hat.

Die größte Oppositionspartei, die Bürgerplattform, musste sich ebenfalls von einigen Hoffnungen verabschieden. Das gesamte Jahr über zählte sie darauf, dass es ihr gelingen würde, die *PiS* im Wahlwettlauf zu überholen. Auch wenn der Plan fehlschlug und die Partei minimal mehr als 30 Prozent Unterstützung erhielt, hat der Erfolg ihrer Bündnispartner doch erlaubt, das finale Ziel zu erreichen: die Rückkehr Donald Tusks in das Amt des Ministerpräsidenten. Ganz offenkundig wurde als wichtigste Aufgabe erachtet, die *PiS* aus der Regierungsposition zu drängen. Allerdings rechneten *PO*-Politiker inoffiziell auch mit einer so dominierenden Rolle wie einst in den Parlamentswahlen 2007 und 2011. Obgleich die *PO* damals beide Male nicht die absolute Mehrheit erlangt hatte, hatte sie doch zwei bis drei kleinere Parteien als potentielle Koalitionspartner zur Auswahl. Das beschränkte offenbar die Erwartungen der *PSL*, mit der sie eine Regierung bildete. Manche kontroversen Projekte, etwa die Anhebung des Renteneintrittsalters, wurden nur dank dieses Manövriertfeldes durchgesetzt. Im Falle eines Auseinanderbrechens der Koalition hätte der kleinere Koalitionspartner *PSL* keinen anderen Anknüpfungspunkt gehabt, während für die *PO* ein potentieller neuer Partner bereit gestanden hätte. Jetzt muss sich die *PO* mit zwei weiteren Parlamentsfraktionen zusam-

mentun und verfügt ihnen gegenüber nicht über ein solches Druckmittel.

Die meiste Zeit des vergangenen Jahres bemühte sich die *PO* ebenso nachdrücklich wie wirkungslos, als Opposition ein gemeinsames Wahlbündnis zu bilden. Im polnischen Wahlsystem kann dies bei der Umrechnung der Stimmen in Mandate zusätzlich belohnt werden. Die Bedingung ist allerdings, dass alle Wähler diesen Zusammenschluss akzeptieren und nicht eine alternative Gruppierung unterstützen. Hier fehlte es natürlich nicht an Analysen, die mögliche Verluste aufzeigten. Inoffiziell war aber auch die Meinung zu hören, dass eine gemeinsame Liste zu einer »Modernisierung« der Linken, der *PSL* und von Polen 2050 führen könnte. Dieses Wortspiel bezog sich auf das Schicksal der Partei Die Moderne (*Nowoczesna*), die 2019 zusammen mit der *PO* von einer gemeinsamen Wahlliste gestartet war und anschließend – sicherlich nicht allein aus diesem Grund – ihre Eigenständigkeit verlor. Sie wurde das, was in der polnischen Politik als »Anhang« bezeichnet wird, also eine formal selbständige Partei, die in der Praxis aber vollständig einem stärkeren Partner untergeordnet ist.

Es kam zu keiner »Modernisierung« der Partner, die alle als eigenständige Größen starteten. Ein Ausdruck dessen, dass die Position der kleineren Koalitionspartner stärker wird, ist die Wahl Szymon Hołownias, Parteichef von Polen 2050, zum Sejmarschall. Seit einem Vierteljahrhundert ist es das erste Mal, dass dieses Amt nicht von der Partei des Ministerpräsidenten besetzt wird. Der einzige Verweis auf die Hoffnung der *PO*, die gesamte Opposition unter einem Schild zu vereinen, ist die Registrierung ihrer Wahlliste unter dem Namen Bürgerkoalition (*Koalicja Obywatelska – KO*), was allerdings nur zur Folge hatte, dass es in der Medienberichterstattung zuweilen zu einem kleineren Durcheinander kam. In der Praxis sind »Bürgerplattform« und »Bürgerkoalition« Synonyme.

Die Bürgerplattform musste sich zusammen mit der Linken auch einer Tatsache stellen, die ihrer Überzeugung widerspricht, und zwar, dass die Polen auf eine Revolution in Weltanschauungsfragen dringend warten. Die abnehmende Unterstützung für die *PiS* setzte mit den Frauenprotesten gegen die Verschärfung des Abtreibungsrechts 2020 ein [Abtreibung ist demnach nur dann zulässig, wenn das Leben oder die Gesundheit der Mutter gefährdet sind oder wenn die Schwangerschaft die Folge einer Straftat ist, Anm. d. Übers.]. Formal war diese durch das Urteil des Verfassungstribunals begründet, aber im allgemeinen Verständnis kam sie durch eine Initiative von *PiS*-Chef Jarosław Kaczyński zustande, der damit den Aufstand der »Falken« in seiner Partei besänftigen wollte. So lebten die führenden Köpfe der beiden größten Oppositionsparteien in den letzten Jahren in der Überzeugung, dass es genüge, den

freien Zugang zu Abtreibung zu vertreten, um sowohl die notwendige als auch die hinreichende Bedingung für einen Wahlerfolg zu erfüllen. Dies erwies sich als Irrtum – das prozentuale Wahlergebnis beider Listen insgesamt fiel geringer aus als 2019. Der entscheidende Zuwachs auf der Seite der Opposition kam dank der Liste des Dritten Weges zustande. Diese erklärte, zur Lösung der Abtreibungsfrage wie vor dem Jahr 2020 zurückkehren zu wollen, also nicht die vollzogene Änderung komplett umkehren zu wollen.

Letztlich glaubte die *PiS*, angefangen von ihrem Parteivorsitzenden bis hin zu ihren gewöhnlichen Anhängern, fest daran, dass sie sich an der Macht halten würde. Die Überzeugung von ihrer Überlegenheit und Autarkie wurde durch die Umfragen gestützt, in denen sie die Rankings anführte, sowie durch die von ihr kontrollierten Medien. Sie kreierte das Bild von der Regierung als »Ritter ohne Fehl und Tadel«, dem die selbstverständliche Überlegenheit gegenüber dem Sammelsurium niederträchtiger oppositioneller, zur unabwendbaren Niederlage verurteilter Nichtsnutze zukommt. Beendet wurde das Schwelgen in dieser verlockenden Phantasie mit einem schmerzhaften Erwachen nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses.

Die Anhäufung von Schwächen

Tatsächlich erlebte das Regierungslager sehr große Belastungen, es fehlte ihm allerdings der Wille, sich mit ihnen zu messen. 2019, vor den vorletzten Wahlen, erreichte die regelmäßig vom regierungsnahen Meinungsforschungsinstitut *CBOS* abgefragte Stimmung der polnischen Gesellschaft einen bis dato nicht erreichten Höhepunkt. Begleitet wurde dies von positiven Bewertungen der Regierung, ähnlich denen, die Ministerpräsident Donald Tusk und seiner *PO-PSL*-Koalition 2011 erlaubt hatten, die Regierungsverantwortung zu halten. Seit jenem Höhepunkt sanken jedoch schrittweise die Bewertungen des gesellschaftlichen Wohlbefindens sowie auch der Regierung. Die COVID-19-Pandemie, der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die Inflation sind die wichtigste, aber nicht die einzige Erklärung. Externe Probleme brachten ebenfalls eine Reihe von Fehlern und Konflikten im Regierungslager selbst mit sich. Obwohl es auch nicht an effektivem Handeln fehlte, bewirkte doch die Möglichkeit, sich zu rechtfertigen und sich vor Kritik zu verteidigen – indem auf objektiv bestehende Schwierigkeiten verwiesen wurde –, dass die Überzeugung von der eigenen Unfehlbarkeit wuchs. Das wiederum machte es unmöglich, die Fehler zu korrigieren. Insbesondere dann, wenn ihr Ursprung Entscheidungen des *PiS*-Chefs Jarosław Kaczyński selbst waren. Seine Autorität im eigenen Lager wollte, vielmehr wagte niemand infrage zu stellen. Diese mentale Zentralisierung der Partei hat sich von außen betrachtet

in eine beispiellose Arroganz und Aggressivität gegenüber der Umgebung verwandelt. Gleichzeitig, parallel zum praktizierten Dogma der Unfehlbarkeit des Vorsitzenden, wurde das Regierungslager von einem Konflikt zwischen Ministerpräsident Mateusz Morawiecki und Justizminister Zbigniew Ziobro, dem Parteichef des kleineren Bündnispartners in der Regierungskoalition der Vereinigten Rechten (*Zjednoczona Prawica*), erschüttert. Aus heutiger Perspektive ist es Zeitverschwendung, alle Nuancen der internen Intrigen zu analysieren, welche die verzweifelten Versuche des Regierungslagers begleiteten, die Manövrierfähigkeit aufrecht zu erhalten. Es vermittelte den unstrittigen Eindruck, es sei des Regierens müde, während die Mehrheit der Polen immer stärker des Regierungslagers überdrüssig wurde.

Die Medien, die der *PiS* Rückhalt gaben, übten nicht nur keine Kontrollfunktion aus, im Gegenteil – in ihrer fieberhaften Erregung gestatteten sie keinen Schritt zurück, da dieser ein Ausdruck der Schwäche angesichts des dämonisierten Feindes gewesen wäre. Wahrscheinlich war es diese Fixierung, die sich als die größte Schwäche des Regierungslagers erweisen sollte. Die Konzentration auf die Bekämpfung Donald Tusks war auch mit Blick auf die formale Ausdifferenzierung der Kräfte des Antiregierungsbündnisses inadäquat. Der Druck der Opposition kam aus mehreren Richtungen, was den Sinn infrage stellte, alle Aufmerksamkeit allein auf den Anführer der größten Konkurrenzpartei zu fokussieren. Gewissermaßen selbstverständlich wurde die oppositionelle Botschaft mit dem Spiel des *good cop, bad cop* verknüpft. Die Linke versuchte an die zu appellieren, für die die Gegnerschaft zum ideologischen Profil der *PiS* in gesellschaftlichen Fragen Schlüsselbedeutung hatte. Beim Wahlbündnis Dritter Weg war es ganz anders: Es richtete seine Botschaft an die, die nicht so sehr aufgrund ideologischer Entscheidungen von der *PiS* enttäuscht waren, sondern wegen Ineffektivität, überflüssiger Konflikte und Machtmissbrauchs. Die Bürgerkoalition wiederum präsentierte sich generell als Alternative, sowohl weltanschaulich als auch mit Blick auf Effektivität, und reicherte das mit Aspekten der europäischen Beziehungen und ihrer starken Position in den Selbstverwaltungsorganen an.

Die Dämonisierung des Feindes, welche die Überzeugung von der außergewöhnlichen Bedeutung dieser Parlamentswahlen nährte, drängte die Regierung auch dazu, außerordentliche Mittel für die Sicherung der eigenen Überlegenheit zu suchen. Ohne jegliche Beschränkungen wurde nach Mitteln gegriffen, die den Machtorganen zur Verfügung standen, um sie für dieses Ziel einzusetzen. Die erste Geige spielte hier das öffentliche, regierungsnaher Fernsehen, das zu einem unglaublich aggressiven Instrument für Angriffe auf die Opposition, insbesondere Donald Tusk wurde. Die Bandbreite der

Einfall war jedoch noch deutlich größer. In der Hoffnung, die komplexe Geschichte der polnisch-russischen Beziehungen des letzten Vierteljahrhunderts ausnutzen zu können, wurde die Berufung eines parlamentarischen Sonderausschusses mit Sonderbefugnissen vorangetrieben, der »russische Einflussnahmen untersuchen« sollte [v. a. während der Regierungszeit von Donald Tusk, Anm. d. Übers.]. Zudem wurden die Parlamentswahlen mit einem Referendum verbunden, das am selben Tag stattfand und dessen Fragen so formuliert waren, dass sie sich eindeutig in den Tenor der Regierung einfügten. In diesem derart parteiischen Wahlkampf engagierten sich auch ohne Einschränkung staatliche Unternehmen. Ihre Leitungsgremien unterstützten ohne Ausnahme großzügig die Wahlfonds der Regierungspartei.

Ein weiterer, anders gelagerter Aspekt wäre hinzuzufügen: Es wurde rechtlich durchgesetzt, dass die lokalen Selbstverwaltungsbehörden Wahllokale auch in kleineren Ortschaften einrichten müssen, in der Hoffnung, dass sich die auf diese Weise angelockten Wähler dankbar der Regierungspartei gegenüber erweisen. Zugleich wurden Änderungen für die sich im Ausland aufhaltenden Polen eingeführt, die gewöhnlich gegen die *PiS* stimmen; die Änderungen wurden als Behinderung dieser Wählergruppe wahrgenommen. Solcherlei Maßnahmen erzeugten auf Seiten der Opposition (nicht immer rationalen) Widerspruch und Befürchtungen, ob die Stimmabgabe und die Auszählung ehrlich durchgeführt werden würden.

Letztlich lief es darauf hinaus, dass die *PiS* ihre Regierungsmacht trotz allen dafür eingesetzten Machtmissbrauchs verliert. Überdeutlich hat sich gezeigt, dass er keinerlei Nutzen brachte, sondern vielmehr die Motivation und Mobilisierung der oppositionell eingestellten Wähler stärkte. Man kann mit gezinkten Karten spielen und dennoch verlieren – was allerdings zusätzlich peinlich ist. Es bleibt die Hoffnung, dass diese Lehre in der Zukunft ähnliche Verlockungen unterbindet.

Hinzu kam, dass der Sieg des oppositionellen Dreierbündnisses so eindeutig war, dass er alle Zweifel in Bezug auf den Wahlvorgang zerstreute. Abermals bestätigte sich, dass dieser höchste Standards erfüllt. So wurden auch die organisatorischen Herausforderungen, die sich aus dem enormen Anstieg der Wahlbeteiligung und der zeitgleichen Durchführung des landesweiten Referendums ergaben – wenn auch mit Mühen – gemeistert.

Flut oder Tsunami?

Wenn das Wahlergebnis doch nicht komplett musterhaft ist, dann deshalb, weil es der *PiS* gelang, den ersten Platz im Wahlranking beizubehalten. Eine ähnliche Situation gab es bei den letzten Parlamentswahlen in Schweden sowie in Spanien. Allerdings unterscheidet sich der polnische Fall in wesentlichen Einzelheiten, und

zwar zugunsten demokratischer Standards. In Schweden stützt sich der Regierungswechsel auf die im Parlament stark vertretene ultrarechte Partei Schwedendemokraten, welche die Minderheitsregierung duldet; eine Partei mit zweifelhafter Biographie, die bisher nicht einbezogen wurde. In Spanien wiederum war die Alternative zur gescheiterten Koalitionsbildung durch die größte Partei, die konservative Volkspartei, keineswegs selbstverständlich. Vermutlich wird es darauf hinauslaufen, dass eine sozialistische Minderheitsregierung extern von kontroversen Gruppierungen nationaler Minderheiten unterstützt wird. Die neue polnische Regierung wird eine eindeutige Mehrheit hinter sich haben, deren Akteure sich bereits vor den Wahlen zueinander bekannt haben und die aus ihren Reihen gemeinsam die Minister stellen.

Allerdings ruft die Haltung von Präsident Andrzej Duda Irritationen hervor. Er berief sich auf das spanische Beispiel und die heimische Tradition und entschied sich, die Aufgabe der Regierungsbildung dem bisherigen Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki als Kandidat der größten Partei, der *PiS*, zu übertragen. Diese Entscheidung traf er trotz eindeutiger Erklärungen der Parteien, die zu dritt die Mehrheit im Sejm innehaben, dass sie einem eventuellen Angebot der *PiS* zur gemeinsamen Regierungsbildung nicht folgen und eine *PiS*-Regierung nicht unterstützen würden und dass sie sich bereits auf einen gemeinsamen Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten geeinigt und einen Koalitionsvertrag unterzeichnet haben. Bestätigt wurde die Linie des Dreierbündnisses durch die eindeutige Abstimmung bei der Wahl des Sejmarschalls sowie die Besetzung der parlamentarischen Ausschüsse.

Das Vorgehen bei der Regierungsbildung, für das sich der Präsident nun entschieden hat, ist nicht die stärkste Seite des polnischen Systems. Es ist allerdings eine Schwäche mit recht begrenzten Auswirkungen. Es handelt sich um eine nur einmonatige Verschiebung, bis die Mehrheit im Sejm ungeachtet des Präsidenten über ihren Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten abstimmen kann. Das ganze in Gang gesetzte Prozedere findet unter ständigen Warnungen statt, dass Morawieckis hoffnungslose Mission nur dazu diene, die Machtübergabe zu verzögern und Zeit zu geben, um die Spuren alten Machtmissbrauchs zu verschleiern und neuen auszuüben, indem zweifelhafte Verträge abgeschlossen und Prämien und Abfindungen ausgezahlt würden. Es scheint allerdings, als läge die Hauptursache für das gewählte Szenario anderswo. Die *PiS* hat ein Problem damit, die Nachricht vom Wahlausgang zur Kenntnis zu nehmen und eine Form zu finden, wie sie ihren treuen Wählern erklären, kann was »wirklich« passiert ist. Es geht ausschließlich darum, dass sich die Politiker selbst wie auch ihre Medien, die ihnen Rückhalt gaben, in ihrer selbstbetrügerischen Erzählung ver-

strickt haben. Erst der Kontakt mit den endgültigen harten Fakten kann sie von ihren Illusionen befreien. Wenn Donald Tusk an der Spitze der Regierung steht, gehen die letzten Hoffnungen verloren – warum sollte man sich schon früher von ihnen verabschieden?

Glücklicherweise gibt es keine realen Gründe für die Annahme, dass sich in Polen Ereignisse entwickeln könnten, wie sie nach der Niederlage von Donald Trump in den USA oder Jair Bolsonaro in Brasilien zu beobachten waren. Es besteht nicht einmal die Notwendigkeit, auf die Vergeblichkeit solcherart Proteste hinzuweisen. Dessen ungeachtet ist die polnische Erregung sehr theatralisch, aber vor dem Übergang zu irgendwelchen realen Handlungen schützen die sehr starken Vorstellungen von der Notwendigkeit, die Stimmungen zu besänftigen und eine Verständigung zu suchen. Das bestätigt abermals das Wahlergebnis: Wenn im Allgemeinen der Dritte Weg, der dazu aufrief, den »polnisch-polnischen Krieg« einzustellen, als »Außenseiter« bezeichnet wurde, dann wird sein Wahlergebnis allgemein als Beweis dafür gelesen, dass die Wähler eine gesunde Vorstellung von Demokratie haben.

Das eingangs genannte fast idealtypische Modell eines demokratischen Machtwechsels setzt sich aus einer

Reihe von Elementen zusammen. Es gibt ein etabliertes System von fünf Parteien, das um nur einen neuen Akteur, Polen 2050, bereichert ist, wobei dieser auf das Wurzelwerk der *PSL* aufgefropft ist. Es gibt zwei Hauptparteien, die ihre Rollen tauschen – die Partei des Ministerpräsidenten gegen die größte Oppositionspartei. Es gibt die Partei, die »noch nie regiert hat« und auf ihre Chance wartet und sich dabei gestattet, ihren Einspruch gegen das »verfestigte System« zu erheben. Es gibt auch die Überzeugung, dass die Regierenden für ihre Fehler und ihren Missbrauch bezahlen werden, dass allerdings, um sie aus der Machtposition zu drängen, die Opposition Schlussfolgerungen aus ihren eigenen früheren Niederlagen und Schwächen ziehen muss. Es gibt schließlich die sehr starke Überzeugung, dass Manipulationen der Spielregeln keinerlei Nutzen bringen, sondern allein Verluste. Zu hoffen bleibt, dass weder die neue Regierungsmehrheit noch die Politiker des abtretenden Lagers, die die Hoffnung auf eine Rückkehr an die Macht in der Zukunft hegen, diese Lektionen nie vergessen werden.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

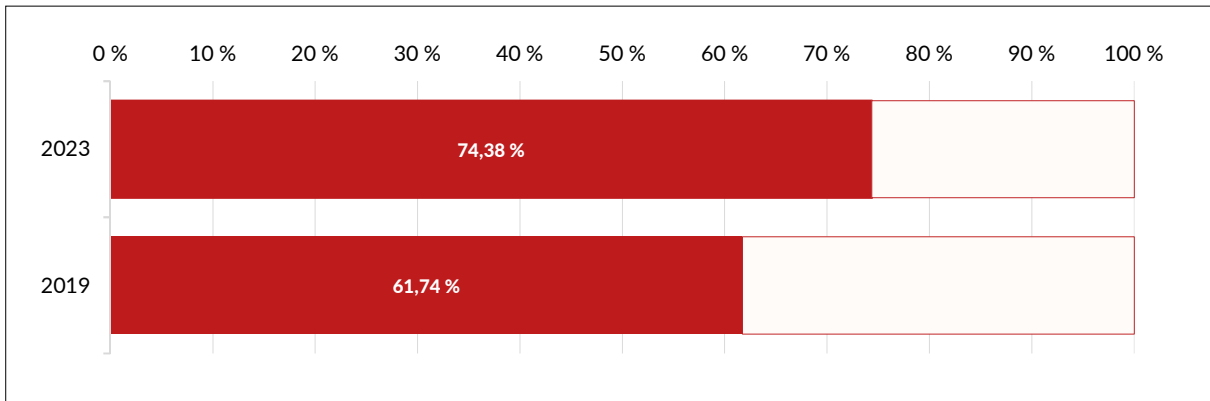
Über den Autor

Prof. Dr. habil. *Jarosław Flis* ist Soziologe am Institut für Journalistik, Medien und gesellschaftliche Kommunikation der Jagiellonen-Universität in Krakau (*Uniwersytet Jagielloński w Krakowie*). Seine Forschungsschwerpunkte sind u. a. Wahlverhalten und gesellschaftliche Kommunikation. Er verfasst regelmäßig für die Medien in Polen Kommentare zur politischen Lage.

STATISTIK

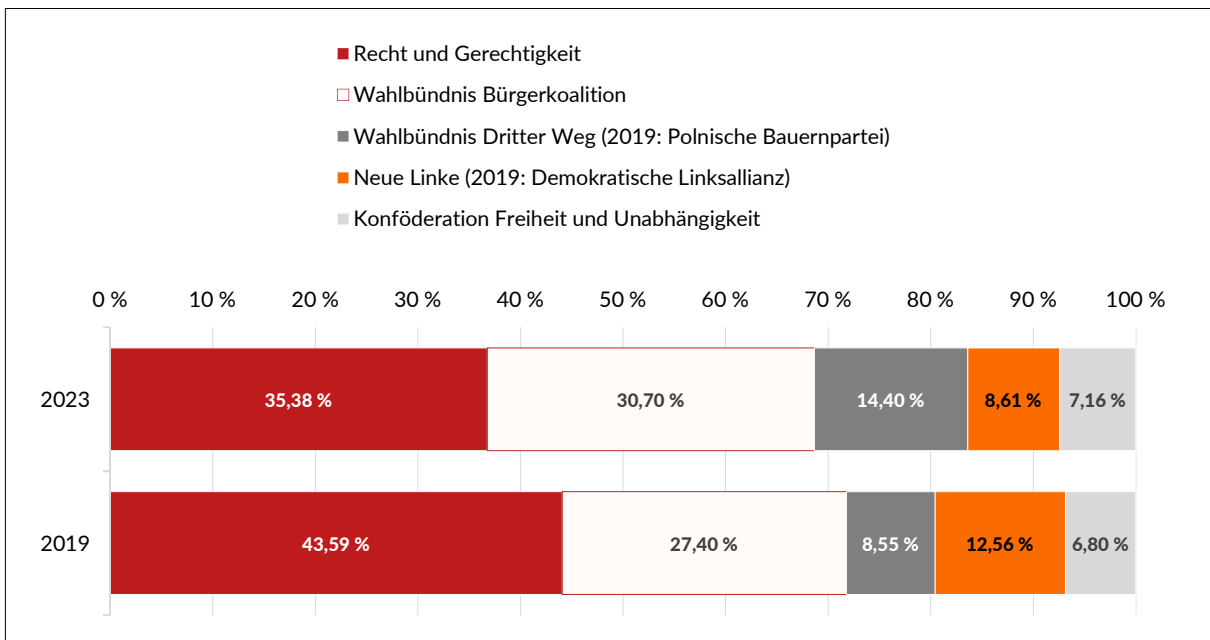
Die Parlamentswahlen in Polen 2023: Wahlbeteiligung, Ergebnis und Mandatsverteilung

Grafik 1: Wahlbeteiligung für die Sejmwahlen (2023, 2019)



Quelle: Państwowa Komisja Wyborcza [Staatliche Wahlkommission]: Wybory do Sejmu i Senatu Rzeczypospolitej Polskiej 15 października 2023 [Die Wahlen zum Sejm und Senat der Republik Polen, 15. Oktober 2023]. Wybory do Sejmu i Senatu Rzeczypospolitej Polskiej 2019 [Die Wahlen zum Sejm und Senat der Republik Polen 2019] <https://wybory.gov.pl/sejmsenat2023/pl/> (abgerufen am 20.10.2023).

Grafik 2: Die Wahl zum Sejm: Stimmenverteilung 2023, 2019



Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS);

Wahlbündnis Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO): Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), Die Moderne (Nowoczesna), Initiative Polen (Inicjatywa Polska – IPL), Die Grünen (Zieloni);

Wahlbündnis Dritter Weg (Trzecia Droga): Polen 2050 Szymon Hołownia (Polska 2050 Szymona Hołowni), Polnische Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL);

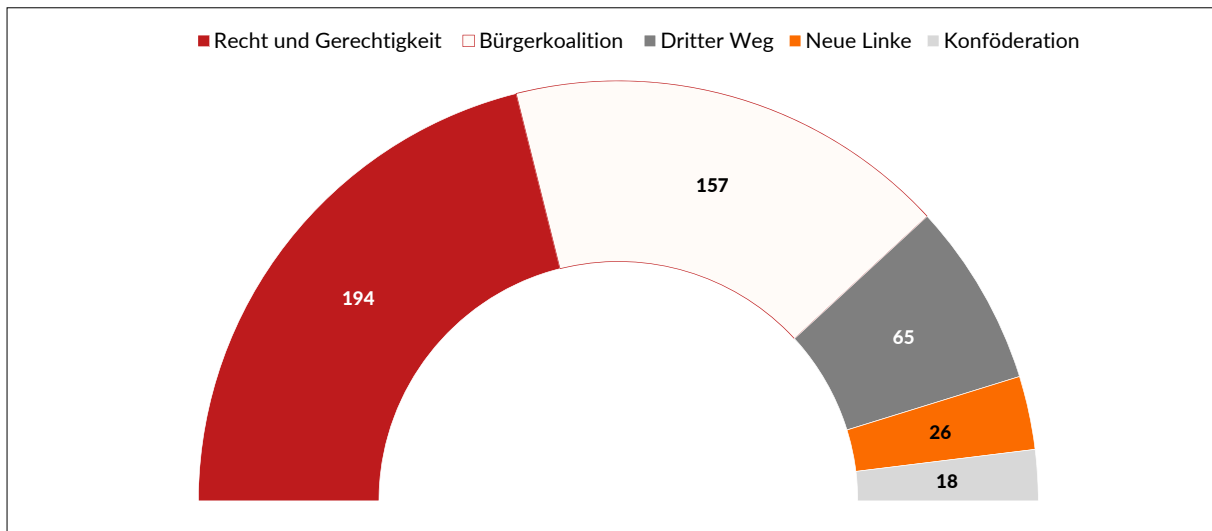
Neue Linke (Nowa Lewica);

Demokratische Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD);

Konföderation Freiheit und Unabhängigkeit (Konfederacja Wolność i Niepodległość)

Quelle: Państwowa Komisja Wyborcza [Staatliche Wahlkommission]: Wybory do Sejmu i Senatu Rzeczypospolitej Polskiej 15 października 2023 [Die Wahlen zum Sejm und Senat der Republik Polen, 15. Oktober 2023]. <https://wybory.gov.pl/sejmsenat2023/pl/> (abgerufen am 20.10.2023).

Grafik 3: Die Wahl zum Sejm: Mandatsverteilung 2023



Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS);

Wahlbündnis Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO): Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), Die Moderne (Nowoczesna), Initiative Polen (Inicjatywa Polska – IPL), Die Grünen (Zieloni);

Wahlbündnis Dritter Weg (Trzecia Droga): Polen 2050 Szymon Hołownia (Polska 2050 Szymona Hołowni), Polnische Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL);

Neue Linke (Nowa Lewica);

Konföderation Freiheit und Unabhängigkeit (Konfederacja Wolność i Niepodległość)

Quelle: Państwowa Komisja Wyborcza [Staatliche Wahlkommission]: Wybory do Sejmu i Senatu Rzeczypospolitej Polskiej 15 października 2023 [Die Wahlen zum Sejm und Senat der Republik Polen, 15. Oktober 2023]. <https://wybory.gov.pl/sejmsenat2023/pl/> (abgerufen am 20.10.2023).

CHRONIK

21. November – 4. Dezember 2023

21.11.2023	Nach aktuellen Angaben des Statistischen Hauptamtes (Główny Urząd Statystyczny – GUS) betrug das durchschnittliche Monatsgehalt im Unternehmenssektor im Oktober 7.545 Zloty (ca. 1.741 Euro). Im Vergleich zu Oktober 2022 ist es nominal um 12,8 % und im Vergleich zu September 2023 um 2,2 % gestiegen.
22.11.2023	Nach aktuellen Angaben des Statistischen Hauptamtes (Główny Urząd Statystyczny – GUS) stieg der Anteil des online-Einzelhandels von 8,3 % im September auf 9 % im Oktober 2023. Vor allem wurden Produkte aus den Bereichen Textilien, Kleidung und Schuhe; Möbel und Elektrogeräte sowie Bücher und Fachartikel im online-Handel erworben.
23.11.2023	Die Partei Konföderation (Konfederacja) kündigt in einer Stellungnahme an, die Regierung von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki (Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS) nicht zu unterstützen und ihr nicht das Vertrauen auszusprechen, da die PiS keine konservative Politik sowie keine Politik der freien Marktwirtschaft zu machen beabsichtige und die nationalen Interessen nicht vertrete. Als Beispiele gibt sie u. a. die Zustimmung der PiS-Regierung zum EU-Programm »Fit For 55« sowie zum »Rechtsstaatsmechanismus« an, der die Auszahlung von EU-Geldern von der Einhaltung von Rechtsstaatsprinzipien abhängig macht. Kritisiert wird außerdem, dass die PiS-Regierung angeblich eine Politik der Massenimmigration aus Afrika und Asien nach Polen betrieben haben soll. Auch einer Regierung von Donald Tusk (Bürgerplattform/Platforma Obywatelska – PO) werde die Konföderation die Unterstützung verweigern, hält die Partei fest.
24.11.2023	In einem Interview des Portals Salon 24.pl sagt Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, er schätze die parlamentarische Unterstützung für seine Regierung, die er in der kommenden Woche vorstellen wird, als sehr gering ein. Es gehe ihm jedoch darum, mit den »Zehn Geboten für die Polnischen Angelegenheiten«, dem Regierungsprogramm von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), ein positives Programm vorzustellen und zur »Koalition für die Polnischen Angelegenheiten« einzuladen. Morawiecki kündigt an, dass die Regierung deutlich kleiner als bisher sein und ihr viele Frauen angehören werden. Nach der Berufung der Regierung kommende Woche durch den Präsidenten muss Morawiecki innerhalb von 14 Tagen sein Exposé vorstellen und dem Parlament die Vertrauensfrage stellen.
27.11.2023	Nach den Parlamentswahlen Mitte Oktober vereidigt Präsident Andrzej Duda den bisherigen Regierungschef Mateusz Morawiecki (Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS) zum neuen Ministerpräsidenten und beruft die neue Regierung. Innenminister wird Paweł Szefernaker, bisher Staatssekretär des Innenministers, Verteidigungsminister bleibt Mariusz Błaszczak und Außenminister wird Szymon Szyrkowski vel Sęk, Minister für die Europäische Union im vorherigen Kabinett von Morawiecki. Die Vertrauensfrage im Sejm wird im Laufe der kommenden zwei Wochen gestellt. Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Sejm werden der Regierung keine Chancen eingeräumt, im Amt zu bleiben.
29.11.2023	Die Oppositionsparteien im Sejm, die seit der Wahl im Oktober die parlamentarische Mehrheit stellen, berufen die Mitglieder der Sonderkommission zur Untersuchung russischer Einflussnahme in Polen zwischen 2007 und 2022 ab. Die Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) hat den Sonderausschuss im Sommer eingesetzt. Kritiker warfen der PiS vor, mit der Einsetzung gezielt den Oppositionspolitiker Donald Tusk beschädigen zu wollen.
29.11.2023	Nach Informationen über massenhafte Durchsuchungen, Beschlagnahmungen, Verhöre und Verhaftungen in den letzten Tagen in Belarus verurteilt das Außenministerium der Republik Polen erneut die repressiven Maßnahmen, die sich gegen die belarussische Bevölkerung, insbesondere gegen die Kreise exilierter Oppositioneller und die von ihnen gegründeten Einrichtungen richten. Das belarussische Regime zeige mit seinem Vorgehen Angst und Ratlosigkeit gegenüber der Ablehnung der Diktatur und dem Wunsch nach Demokratie in der Bevölkerung. Nur wenn Minsk die Repressionen gegen die eigene Bevölkerung einstelle und die politischen Gefangenen freilasse, könne sich die Politik Polens und der Familie demokratischer Staaten gegenüber Belarus ändern, heißt es in der Erklärung des polnischen Außenministeriums.

29.11.2023	Infrastrukturminister Alvin Gajadur trifft sich mit Vertretern der Transportinfrastrukturbranche. Hintergrund sind die Proteste von polnischen LKW-Fahrern an der polnisch-ukrainischen Grenze, die am 6. November begannen. Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 hatte die EU sog. Solidaritätskorridore eingeführt, die den Güterverkehr zwischen den EU-Ländern und der Ukraine erleichtern sollen. Es ging vor allem um humanitäre und militärische Hilfe sowie um Getreideexporte. Die Erleichterung der Formalitäten und Einreise für ukrainische LKW-Fahrer in die EU hat zur Folge, dass die preisgünstigeren ukrainischen Transportunternehmen die polnische Transportbranche bei Fahrten in der EU unterbieten. Aus Protest blockieren polnische LKW-Fahrer seit Wochen Grenzübergänge zur Ukraine, was eine tagelange Verzögerung der Abfertigung ukrainischer LKW nach sich zieht. Waldemar Jaszczur, Vertreter der polnischen Protestierenden, sagt nach dem Gespräch mit Infrastrukturminister Gajadur, dass der Protest nicht ausgeweitet wird. Gajadur kündigt an, die Möglichkeit intensiverer Kontrollen der ukrainischen LKW an der polnisch-ukrainischen zu prüfen und das Thema auf die Tagesordnung des Rates »Verkehr, Telekommunikation und Energie« der Europäischen Union in der kommenden Woche zu bringen.
01.12.2023	Das Außenministerium teilt mit, dass Außenminister Szymon Szynkowski vel Sęk von seinem viertägigen bilateralen Gesprächen mit seinen Amtskollegen und anderen Partnern in Prag (Tschechien), Bratislava (Slowakei), Wilna (Litauen), Riga (Lettland) und Kopenhagen (Dänemark) zurückgekehrt ist. Vor dem Hintergrund der Resolution des Europäischen Parlaments vom 22. November, die europäischen Verträge zu reformieren, sprach sich Szynkowski vel Sęk bei den Treffen für die europäische Einheit aus, warb aber für die Souveränität der Staaten und für ihre Kompetenzen im Bereich Grenzverteidigung, Energiesicherheit, Außenpolitik und Bildung. Laut Resolution soll die gemeinsame Zuständigkeit der EU hier ausgebaut werden.
01.12.2023	Das Innenministerium teilt mit, dass die einstweiligen Grenzkontrollen an der polnisch-slowakischen Grenze über den 4. Dezember hinaus bis zum 2. Januar 2024 verlängert werden. Der Grund sei die ernstzunehmende Gefahr illegaler Immigration nach Polen.
02.12.2023	Nach Einschätzung von Jacek Siewiera, Chef des Büros für Nationale Sicherheit (Biuro Bezpieczeństwa Narodowego – BBN), sollten sich die Mitgliedsstaaten der NATO an der Ostflanke des Bündnisses auf einen möglichen Angriff Russlands vorbereiten. Die Gefahr sei real, ein Angriff könne bereits in drei Jahren eintreten. Die Zeitspanne von fünf bis neun Jahren, die in einer Studie der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) vertreten wird, halte er für zu optimistisch.
04.12.2023	Bundesinnenministerin Nancy Faeser verlängert die Grenzkontrollen zu Polen, Tschechien und der Schweiz bis zum 15. Dezember. Damit soll illegale Immigration nach Deutschland eingedämmt werden. Die Verlängerung solle in Kürze bei der EU-Kommission gemeldet werden, sagt ein Sprecher des Innenministeriums.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2023 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss 1, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

X @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

X, TWITTER, TWEET, RETWEET und das X Logo sind eingetragene Markenzeichen von X-Corp. oder angeschlossenen Unternehmen.